

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 5/2016 | 42. Jahrgang | 2,30 €

RÜSTUNGSEXPORT IST OFT „BEIHILFE ZU MORD“



DIE NEUNER-BANDE



VERANTWORTLICH: BUNDESSICHERHEITSRAT

In diesem Heft

Elsa Rassbach:
Trump und
weitere Übel

Jakob Knab:
Gegen scheinbare „zeit-
lose soldatische Tugenden“

Roland Blach/Markus Pflüger:
Debatte zur Kampagne
„Stopp Ramstein“

mit der Beilage

atomwaffenfrei

RÜSTUNGS- EXPORT IST OFT „BEIHILFE ZU MORD“

VERANTWORTLICH DAFÜR IST:
DER BUNDESSICHERHEITSRAT



Angela **Merkel** (CDU)
Bundeskanzlerin



Sigmar **Gabriel** (SPD)
Bundesminister für
Wirtschaft und Energie



Wolfgang **Schäuble** (CDU)
Bundesminister der Finanzen



Frank-Walter **Steinmeier** (SPD)
Bundesminister des Auswärtigen



Thomas de **Maizière** (CDU)
Bundesminister des Innern



Ursula von der **Leyen** (CDU)
Bundesminister der Verteidigung



Heiko **Maas** (SPD)
Bundesminister der Justiz und
für Verbraucherschutz



Gerd **Müller** (CSU)
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Peter **Altmaier** (CDU)
Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben

Oft ist Rüstungsexport Beihilfe zu Mord

Maßgeblich verantwortlich ist der Bundessicherheitsrat

Von Jürgen Grässlin

Erinnern tut Not: Im Sommer 2013, also vor der im Herbst anstehenden Bundestagswahl, warb der SPD-Vorsitzende für die Ablösung der Regierungskoalition unter Führung der christdemokratischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des FDP-Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler. Sigmar Gabriels klares Versprechen unter dem Eindruck der skrupellosen Rüstungsexportpolitik der damals amtierenden christlich-liberalen Bundesregierung: Im Falle seiner Wahl würde der Menschenrechtslage im Empfängerland eine entscheidende Rolle bei Rüstungsexportgenehmigungen eingeräumt. Sollte er zum neuen Bundeswirtschaftsminister gekürt werden, würden Rüstungsexporte fortan restriktiv, also zurückhaltend, gehandhabt.

Gabriels Wahlbetrug

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September 2013 und die folgenden erfolgreichen Koalitionsverhandlungen führten die SPD in eine Regierungskoalition mit der CDU/CSU. Noch zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2013 erklärte der neue Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel: „Ein wichtiger Beitrag für Menschenrechte und Frieden ist eine klare und restriktive Rüstungsexportkontrolle. [...] Wir treten für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein, denn nur das ist ein glaubhafter Ausdruck einer an den Menschenrechten orientierten Politik.“

An seinen Versprechen muss sich Sigmar Gabriel in dieser Legislaturperiode messen lassen. Doch bereits der für das Jahr 2014 veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, und damit der erste, den Gabriel verantwortete, dokumentierte den unter seiner Ägide massiven Anstieg des (legalen) Waffenhandels. Hatte die, von Gabriel vormals vielgescholtene, Merkel-Rösler-Koalition 2013 Kriegswaffen im Wert von 957 Millionen Euro ausgeführt, so wurde dieser Wert unter der neuen Merkel-Gabriel-Koalition 2014 auf 1,823 Milliarden Euro verdoppelt. Unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern fanden sich mit Israel (Platz 1), Sau-

di-Arabien (6), Algerien (7), den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) (8), Brunei (10), Irak (14) und der Türkei (18) sieben Staaten aus dem Pulverfass Naher und Mittlerer Osten bzw. dem Maghreb. Die Kriegswaffenlieferungen an den Irak erfolgten trotz des seit 1990 bestehenden UN-Waffenembargos. Auch die kriegführenden Nato-Partner USA (2), Großbritannien (5) und Türkei wurden 2014 massiv mit deutschen Waffen versorgt.

Der Rüstungsexportbericht 2015 lenkte den Blick auf ein weiteres eklatantes Problem, das sich in den kommenden Jahren in weiter steigendem Exportvolumen niederschlagen wird: Die Genehmigungswerte für die Einzelausfuhren (Ausfuhr, Durchfuhr bzw. Verbringung der in der Genehmigung genannten Güter an den angegebenen Empfänger) und Sammelausfuhren (Genehmigung einer Vielzahl von Ausfuhren an verschiedene, genau bestimmte Empfänger) wurden massiv gesteigert. So erteilte die Bundesregierung 2015 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von 7,86 Milliarden Euro, 2014 hatte der Wert noch bei 3,97 Milliarden gelegen. Sammelausfuhren wurden im Wert von 4,96 Milliarden Euro genehmigt gegenüber 2,55 Milliarden 2014. Das bedeutete für 2015 insgesamt ein Genehmigungsvolumen von 12,81 Milliarden Euro – ein bislang nie erreichter Negativrekord.

Die Bundesregierung begründete die desaströsen Exportzahlen mit der „Genehmigung von vier Tankflugzeugen an das Vereinigte Königreich im Gesamtwert von allein 1,1 Milliarden Euro“. Zudem sei hervorzuheben „die Genehmigung der Ausfuhr von Leopard-2-Kampfpanzern und Panzerhaubitzen nebst Munition und weiteren Begleitfahrzeugen nach Katar im Wert von rund 1,6 Milliarden Euro [...]“. Die Genehmigung dafür sei 2013 erteilt worden.

Wer Tankflugzeuge an Großbritannien liefert, weiß, dass diese der Luftbetankung und damit Reichweitenverlängerung für Kampfflugzeuge wie dem Eurofighter Typhoon dienen. Wer Kampfpanzer und weitere Kriegswaffen bzw. Rüstungsgüter,

wie z.B. Panzer und Haubitzen an Katar liefert, der weiß, dass diese gegen externe Feinde oder gegen die Demokratiebewegung eingesetzt werden können.

Die Menschenrechtslage in Katar ist bekanntermaßen äußerst schlecht. Katar hat sich der Militärallianz angeschlossen, die seit März 2015 völkerrechtswidrig Krieg gegen den Jemen führt. Die Profite dieser Waffentransfers fährt vor allem der Münchener und Kasseler Rüstungsriese Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ein, der nunmehr mit der Lieferung von insgesamt 62 Leopard-2-Kampfpanzern und vielen weiteren Waffensystemen ins Kriegsland Katar beginnen konnte.

■ **Permanenter Rechtsbruch**

Bereits zur Publikation des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2015 hatte der DFG-VK-Bundesverband bilanziert: Bundeswirtschaftsminister Gabriel hatte als stellvertretender Vorsitzender im Bundessicherheitsrat (BSR) erneut zahlreiche Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten genehmigt – unter ihnen befanden sich einmal mehr Diktaturen. Algerien, dessen Sicherheitskräfte den „arabischen Frühling“ mit Waffengewalt unterdrückt hatten, erhielt mit Gabriels Zustimmung gar eine Lizenz zum Eigenbau von Fuchs-Spürpanzern. Viele weitere Exportfälle an Staaten mit schweren Menschenrechtsverletzungen und extrem schlechter Sicherheitslage wurden eingestanden.

Zu Recht analysierten die DFG-VK-Aktiven auf ihrem Bundeskongress in Mannheim am 25. Oktober 2015: „Die Folgen dieser Rüstungsexportpolitik sind tödlich. Von Gabriel genehmigte Kriegswaffenlieferungen etwa nach Saudi-Arabien und Katar werden erfahrungsgemäß über kurz oder lang in den Händen des Islamischen Staats (IS) landen. Menschen fliehen nach Deutschland vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen in ihren Heimatländern.“ Sie forderten in ihrer ohne Gegenstimme angenommenen Abschlussresolution auf dem 20. Bundeskongress konsequenterweise den sofortigen Rücktritt Gabriels.

Angesichts der tödlichen Folgen stellen sich aber Fragen, die weit über Rücktrittsforderungen gegen Merkel, Gabriel oder weitere Minister im Bundessicherheitsrat hinausgehen. Genau genommen muss das gesamte Rüstungsexportregime der Bundesregierung auf den Prüfstand gestellt werden.

Im Grundgesetz legt Artikel 26 Absatz 2 fest: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bun-

desregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), die Ausführungsgesetze zu Artikel 26, gestatten zwar Kriegswaffenexporte an EU- und Nato-Staaten sowie an Nato-assoziierte Staaten wie die Schweiz, Neuseeland oder Japan. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom Januar 2000 weisen für „sonstige Länder“, auch „Drittländer“ genannt, ergänzend auf folgenden wichtigen Tatbestand hin: „Der Export von Kriegswaffen [nach KWKG und AWG genehmigungspflichtig] wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen.“

„Im Einzelfall“ und „ausnahmsweise“ geben eine klare Richtung vor. Dennoch betrug das Volumen der Einzelgenehmigungen in Drittländer („Sonstige Staaten“) im Jahr 2014 59 Prozent und im Folgejahr 60. Der Einzelfall ist zum Regelfall verkommen. Die Vorgaben des Einzelfalls wurden und werden seit Jahr und Tag von allen Bundesregierungen in diesem Jahrhundert permanent gebrochen.

Möge sich kein Mitglied der christlich-sozialdemokratischen Bundesregierung, das im Bundessicherheitsrat mitwirkt, im Bundestagswahlkampf 2017 auf die Einhaltung des Grundgesetzes und seiner Ausführungsgesetze berufen. Es müsste vor Scham erbleichen angesichts des Lügengebäudes, das die Regierenden im Waffenhandelsbereich aufgebaut haben. Mit dieser Rüstungsexportpraxis wird hemmungslos permanenter Rechtsbruch praktiziert.

■ **Vertragskündigungen sind jederzeit möglich**

Vielfach hat Sigmar Gabriel in den vergangenen drei Jahren darauf verwiesen, dass er an die Beschlüsse der Vorgängerregierung gebunden sei. Tatsächlich hatte die Merkel-Rösler-Regierung vor ihrer Abwahl zahlreiche Rüstungsexportverträge mit Regimes abgeschlossen, die Menschenrechte mit Füßen treten bzw. Krieg führen.

Allein das menschenrechtsverletzende Regime Bouteflika, das in Algerien den „Arabischen Frühling“ mit Waffengewalt unterdrückt hat, erhielt von der christlich-liberalen Bundesregierung Waffenexportzusagen im Wert von 10 Milliarden

Euro! Ausführlich dargestellt habe ich das im Kapitel „Waffen für Öl – algerischer Rüstungsfrühling bis 2012“ im Schwarzbuch Waffenhandel (Jürgen Grässlin: „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“, München 2013, S. 176 ff.).

Dennoch ist Gabriels Rechtfertigung schlichtweg haltlos, sie klingt nach schierer Verzweiflung. Denn das Kriegswaffenkontrollgesetz hätte ihm sämtliche Möglichkeiten gegeben, die Exportdeals Merckels und Röslers im Nachhinein zu blocken – falls er dies denn wirklich gewollt hätte.

In § 7 Abs. 1 KWKG ist geregelt: „Die Genehmigung kann jederzeit widerrufen werden.“ In § 9 Abs. 1 heißt es: Wird eine Genehmigung „ganz oder teilweise widerrufen, so ist ihr Inhaber vom Bund angemessen in Geld zu entschädigen“. Widerruf ist demnach „jederzeit“ möglich, allerdings muss eine angemessene Entschädigung entrichtet werden.

Genau das hat die Bundesregierung getan im Falle der beabsichtigten Lieferung eines Gefechtsübungsentrums von Rheinmetall an Russland. Aufgrund der Auseinandersetzungen um die Krim-Halbinsel in der Ukraine wurde ein Ausfuhrstopp verfügt. Wie hoch die Regresszahlungen an die Düsseldorfer Waffenschmiede waren, ist unbekannt. Der Fall aber belegt die Tatsache, dass selbst fortgeschrittene Rüstungsexportprojekte bei abgeschlossenen Verträgen jederzeit gestoppt werden können – wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

■ **2016 erneut gesteigerte Exportgenehmigungen**

Welche Schlussfolgerungen haben die Mitglieder des BSR aus dem Rüstungsexportdesaster der Vergangenheit gezogen? Wenig sinnvolle, wie die Auswertung von Stephan Möhrle für das erste Halbjahr des Rüstungsexportberichts 2016 der Bundesregierung zeigt. Er kommt zu dem Schluss: „Deutschland exportiert mehr Munition, zugleich dürfen mehr Kriegswaffen in Krisen- und Kriegsregionen transferiert werden.“

Einmal mehr ist die Liste der führenden Empfängerländer äußerst aufschlussreich. Das Nummer-eins-Empfängerland Algerien erhält mit Genehmigung des BSR eine Fregatte. Die abschließende Genehmigungsentscheidung stammt vom Februar 2016. Demnach darf die ThyssenKrupp Marine Systems GmbH eine Fregatte des Typs MEKO A-200 mit Bewaffnung und Munitionspaket an die Marine des Regimes Bouteflika ausliefern, so das Schreiben von Sigmar Gabriel an den Vorsitzen-

den des Bundestags-Ausschusses für Wirtschaft und Energie, Dr. Peter Ramsauer (CSU). Der Wert des Großwaffendeals mit weiteren Kriegswaffenlieferungen (Flugkörperabwehrsysteme, Flugkörper, Torpedos etc.) beläuft sich auf nahezu eine Milliarde Euro.

Auf Platz zwei folgen die USA, die die militärische Intervention Saudi-Arabiens im Jemen unterstützen. Den unrühmlichen dritten Platz nimmt das Kriegsland Saudi-Arabien selbst ein, das im ersten Halbjahr Einzelgenehmigungen im Wert von 483 Millionen Euro für Hubschrauber, Teile für Kampfflugzeuge u.v.a.m. erhielt. Auf Platz acht, hochkatapultiert von

Platz 25 im Vorjahr, rangiert die Türkei als Empfängerland deutscher Kriegswaffen. Auf dem siebten Platz liegen die VAE, die für mehr als 84 Millionen Euro u.a. militärische LKW, Teile für Kampfpanzer und Haubitzen erhalten, zudem Munition für Gewehre.

Der knallharte Entdemokratisierungsprozess und der tödliche Krieg gegen die Kurden unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan werden mit Kriegswaffenlieferungen im Wert von über 76 Millionen Euro unterstützt. Für das türkische Militär wurden im ersten Halbjahr Teile 2016 für Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Kommunikationsausrüstung etc. genehmigt.

Bleibt ein kleiner Lichtblick – zu Recht betont Möhrle den leichten Rückgang von Kleinwaffenexporten: „Der Wert der Genehmigungen für Kleinwaffen sank in den ersten sechs Monaten 2016 binnen Jahresfrist von 12,4 Millionen – wenn auch nur um ca. 800 000 Euro – auf 11,6 Millionen.“ Als Empfängerländer werden u.a. Indien (Krieg mit Pakistan), der Irak (Waffen für die kriegführenden Peschmerga) und der Oman aufgelistet.

Von den Kleinwaffenexporten profitiert allen voran Deutschlands todbringendstes Unternehmen: Heckler & Koch (H&K) in Oberndorf am Neckar. Auf der Basis von Berechnungen und Schätzun-

H&K-Hauptgesellschafter Heeschen will Whistleblowing gerichtlich unterbinden

Der Heidelberger DFG-VK-Aktivist Hermann Theisen hat im Frühjahr 2015 einen „Öffentlichen Aufruf zum Whistleblowing an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heckler & Koch GmbH (Oberndorf am Neckar)“ (H&K) entworfen und diesen als Flugblatt im Mai 2015 zweimal auf dem Firmengelände in Oberndorf an Mitarbeiter des Waffenherstellers verteilt. Darin wurden diese aufgefordert, „die Öffentlichkeit umfassend und rückhaltlos über die Hintergründe der in Teilen illegalen Exportpraxis ihres Arbeitgebers“ zu informieren.

schäfts- und Betriebsgeheimnissen) vor geworfen. Gegen den Strafbefehl wurde Einspruch eingelegt, womit es nun voraussichtlich im Frühjahr 2017 zu einer öffentlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Oberndorf kommen wird.

Landratsamt Rottweil verbietet Verteilung der Aufrufe zum Whistleblowing

Theisen aber ließ sich nicht einschüchtern. Für den Antikriegstag 2016 meldete er beim Landratsamt Rottweil eine Kundgebung vor den Toren der Oberndorfer Waffenschmiede an. In seiner Begründung schrieb er: „Mit der Kundgebung soll auf die in Teilen illegale Exportpraxis der Heckler & Koch GmbH (Oberndorf am Neckar) aufmerksam gemacht werden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rüstungsunternehmens sollen dazu aufgefordert werden, jene illegale Exportpraxis aufzudecken bzw. der Öffentlichkeit bekannt zu machen.“ Zudem wurde angekündigt, während der Kundgebung auch die Aufrufe zum Whistleblowing zu verteilen, was vom Landratsamt Rottweil verboten wurde, da mit den Flugblättern zu Straftaten aufgefordert würde. Gegen das grundrechtsverletzende Flugblattverbot ist eine Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 VwGO) vor dem Verwaltungsgericht Freiburg anhängig.

Amt weigert sich, Briefe an Kommunalpolitiker weiterzuleiten

Erneut wurde Theisen aktiv. Anfang September 2016 versandte der DFG-VK-Aktivist rund hundert Briefe an die Mitglieder des Gemeinderats Oberndorf und

des Kreistags Rottweil. Diese waren einzeln adressiert und frankiert und mit dem Vermerk „Persönlich/Vertraulich“ versehen. Neben dem Aufruf zum Whistleblowing enthielten die Briefe auch diverse Rüstungsexportkritische Unterlagen von „Ohne Rüstung leben“ und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Während die Stadtverwaltung Oberndorf die Briefe entsprechend weiterleitete, übergab das Landratsamt Rottweil Wochen später sämtliche Briefe an den stellvertretenden Leiter der Staatsanwaltschaft Rottweil, Oberstaatsanwalt Dr. Kalkschmid. Auf die Frage, ob er eine richterliche Beschlagnahme der Briefe einholen werde, teilte er Theisen mit, dass es sich „noch nicht um eine Beschlagnahme“ handele und er stattdessen in Erwägung ziehe, sämtliche Briefempfänger um Erlaubnis zum Öffnen der Briefe zu befragen. Nachdem diesem Vorgehen widersprochen wurde, landeten die Briefe – wohlgermerkt ungeöffnet – erneut beim Landratsamt Rottweil. Rechtsdezernentin Mayr sandte diese – gleichsam ungeöffnet – an Theisen zurück. Die Begründung: „Wir bitten um Verständnis, dass Briefe von Privatpersonen nicht an Mandatsträger weitergeleitet werden.“

Mit achtenswerter Standhaftigkeit geht Hermann Theisen seinen Weg unbeirrt weiter: Gegen das grundrechtsverletzende Vorgehen des Landratsamt Rottweil ist inzwischen eine Feststellungsklage (§ 43 VwGO) vor dem Verwaltungsgericht Freiburg anhängig.

Weitere Infos zum Straf- und zum Verwaltungsgerichtsverfahren können direkt bei dem DFG-VK-Aktivisten erfragt werden: Hermann.Theisen@t-online.de

Jürgen Grässlin



Hermann Theisen (re.) mit seinem Anwalt Martine Heimig

Der Finanzinvestor Andreas Heeschen, der rund 60 Millionen Euro seines Vermögens in die marode Waffenschmiede investiert haben soll, fungierte zu diesem Zeitpunkt vorübergehend als Geschäftsführer von Heckler & Koch und war offenbar über die Flugblattaktion derart erbost, dass er noch am selben Tag über eine Freiburger Anwaltskanzlei Strafanzeige gegen Theisen erstattete. Im Mai 2016 erließ daraufhin das Amtsgericht Oberndorf einen Strafbefehl über 90 Tagessätze zu je 40 Euro gegen Hermann Theisen. Dem Heidelberger Friedensaktivist wird die öffentliche Aufforderung zu Straftaten und Hausfriedensbruch (§§ 111 und 123 Strafgesetzbuch, § 17 UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb [Verrat von Ge-

gen muss bilanziert werden, dass bis zum heutigen Tag mehr als zwei Millionen Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen getötet wurden. Weit aus mehr überlebten die Schüsse, wurden aber verletzt, verkrüppelt und traumatisiert. Allein durch den Einsatz von H&K-Waffen stirbt im Durchschnitt alle 13 Minuten ein Mensch – so meine jüngsten Analysen unter Einbezug der G36-, HK416- und MP7-Exporte in alle Welt.

Das wahhabitisch beherrschte Saudi-Arabien erhielt bereits 2008 eine G36-Gewehrlizenz. Damals standen Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier dem BSR vor.

Katastrophal ist auch der Export von Munition für Kleinwaffen. Im ersten Halbjahr 2016 wurde der Wert von 27 Millionen auf 283,8 Millionen Euro verzehnfacht. Dabei wurden die Genehmigungen zur Munitionsausfuhr für Kleinwaffen – die „tödlichste“ aller Waffengattungen bemessen nach den Opferzahlen – von 3,80 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2015 auf 8,77 Millionen im ersten Halbjahr 2016 mehr als verdoppelt.

Zu den Empfängerländern von Kleinwaffenmunition zählen unter der Ägide von Sigmar Gabriel u.a. Algerien, Indien, Kuwait, der Oman und die VAE. Sowohl Kuwait als auch die VAE gehören zur Kriegsallianz, die derzeit militärisch im Jemen interveniert. Die Menschenrechtssituation in den genannten Empfängerländern schwankt in der Beurteilung von Menschenrechtsorganisationen zumeist zwischen schlecht und sehr schlecht. Aber tausende dieser Gewehrpatronen können demnach von Sicherheitskräften repressiver Regimes in nicht ferner Zukunft in die Körper von Oppositionellen in den Empfängerländern geschossen werden.

Der Bundessicherheitsrat – weltweit einmaliges Konstrukt für Rüstungsexportgenehmigungen

Letztlich darf Sigmar Gabriel nicht die alleinige Verantwortung an dieser menschenverachtenden Rüstungsexportpolitik angelastet werden. Zwar verantwortet er als Bundeswirtschaftsminister qua Amt den staatlich legalisierten Waffenhandel. Das Modell deutscher Rüstungsexportentscheidungen aber ist weltweit einzigartig: Aus Sicht des Bundes unbedenkliche Waffentransfers an Nato-Staaten bzw. Nato-assoziierte Staaten werden vom Bundesausfuhramt in Eschborn bzw. dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin entschieden.

Für besonders brisante Waffentransfers an „Drittländer“, wie beispielsweise

Algerien, Saudi-Arabien oder Katar, gilt eine weltweit einmalige Situation. Derlei Kriegswaffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete werden nicht durch das Parlament entschieden.

Zuständig für die Entscheidungen, ob die Marine der verfeindeten Staaten in Ägypten, Israel und Türkei weitere Kriegsschiffe von „ThyssenKrupp“ Marine Systems erhalten darf, ob das wahhabitische Herrscherhaus in Riad mit Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon von Airbus hochgerüstet, mit einer G36-Gewehrfabrik von H&K an der Macht stabilisiert werden darf, ist einem exklusiven und geheim tagenden Kreis von Regierungspolitikern vorbehalten.

Dem Entscheidungsgremium Bundessicherheitsrat gehören neun stimmberechtigte Mitglieder an: Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) als Vorsitzende und der Bundesminister für Wirtschaft Sigmar Gabriel (SPD) als ihr Stellvertreter. Die Riege der stimmberechtigten Christdemokraten umfasst den Chef des Bundeskanzleramts Peter Altmaier, die Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen, den Bundesminister der Finanzen Wolfgang Schäuble und den Bundesminister des Inneren Thomas de Maizière. Des Weiteren sind stimmberechtigt die Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier als Bundesminister des Auswärtigen und Heiko Maas als Bundesminister der Justiz. Nach der Bundestagswahl 1998 wurde der Kreis erweitert um den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zurzeit Gerd Müller (CSU).

Im Bedarfsfall dürfen auch andere Bundesminister an den BSR-Sitzungen teilnehmen. Regelmäßige Teilnehmer ohne Stimmrecht sind der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, der Generalinspekteur der Bundeswehr sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Teilnehmen können, ebenfalls ohne Stimmrecht, der Chef des Bundespräsidialamtes sowie die Leiterin des Kanzlerinnenbüros.

Die Rüstungsexportentscheidungen fallen abseits öffentlicher Entscheidungsprozesse, nicht einmal die Abgeordneten des Deutschen Bundestags werden direkt involviert. Positiv ist allenfalls anzumerken, dass der Bundestag mittlerweile – wenn auch nur im Nachhinein – über die Entscheidungen des Vorbereitenden Ausschusses und des Bundessicherheitsrates in Kenntnis gesetzt werden. Somit liegen umfassend die Listen vor, welche Rüstungsexporte welcher Firma in welches Land der BSR seit 2002 bewilligt hat.

Politisch und rechtlich problematischer BSR

Im Zusammenhang mit dem Bundessicherheitsrat gibt es auch aus einem nicht grundsätzlich kritischen Blickwinkel zwei gravierende Probleme:

Die Frage der Rüstungsexporte ist politisch hoch umstritten. Man kann der Ansicht sein, dass Entscheidungen darüber dem „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ unterfallen, wie es das Verfassungsgericht tut. Dabei müsste eine Regierung (zumal eine, die sich auf eine Koalition stützt) aber schon aus demokratietheoretischen Gründen das Interesse haben, solche gesellschaftlich kontroversen Entscheidungen wenigstens intern auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Entsprechend müsste sie ihre Mitglieder insgesamt, also alle MinisterInnen in die Entscheidung einbeziehen. Die aktuelle Bundesregierung, wie auch die vorigen, praktiziert aber das Gegenteil, indem sie mit dem Bundessicherheitsrat ein Entscheidungsorgan fortgeführt hat, dem lediglich einige MinisterInnen exklusiv angehören.

Hinzu kommt die rechtliche Problematik, dass das Grundgesetz in Artikel 26 Abs. 2 bestimmt: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Was mit „der Bundesregierung“ gemeint ist, bestimmt Artikel 62 GG: „Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.“ Das Bundesverfassungsgericht führt deshalb zutreffend aus, dass bei „Regelungen des Grundgesetzes, die eine Entscheidungszuständigkeit der Bundesregierung vorsehen, (...) daher grundsätzlich davon auszugehen [ist], dass es eines Beschlusses des gesamten Kabinetts bedarf.“ (Urteil vom 21.10.2014 [2 BvE 5/11], Randnummer 145) Zwar wird in der juristischen Literatur teilweise die Ansicht vertreten, dass Art. 26 Abs. 1 GG „keine Kabinettsentscheidung verlange“ bzw. sogar „eine Delegationsbefugnis beinhalte“ (a.a.O. Randnummer 146). Das Verfassungsgericht weist aber selbst darauf hin, dass in der Literatur „überwiegend davon ausgegangen [wird], dass die Delegation der Genehmigungserteilung auf einzelne Minister mit Art. 26 Abs. 2 Satz 1 GG nicht vereinbar und § 11 Abs. 2 KWKG [Kriegswaffenkontrollgesetz] aus diesem Grunde verfassungswidrig sei“ (a.a.O. RN 147).

Da es in dem Verfahren vor dem Verfassungsgericht letztlich um andere Fragen ging, kommt es zu dem Schluss: „Es bedarf vorliegend keiner Entscheidung, ob die Bundesregierung zur Einrichtung des Bundessicherheitsrates und zur Übertragung der Entscheidungsbefugnis über Kriegswaffenexportanträge auf diesen oder auf einzelne Bundesminister berechtigt ist.“ (a.a.O. Randnummer 148)

Immerhin hat das Gericht mit seinem Urteil vom 21.10.2014 klargestellt, dass die Bundesregierung verpflichtet sei, „Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf entsprechende Anfragen hin mitzuteilen, dass der Bundessicherheitsrat ein bestimmtes, das heißt hinsichtlich des Rüstungsguts, des Auftragsvolumens und des Empfängerlandes konkretisiertes Kriegswaffenexportgeschäft genehmigt hat oder dass eine Genehmigung für ein wie in der Anfrage beschriebenes Geschäft nicht erteilt worden ist.“ (Leitsatz 2)

Stefan Philipp

Hier ein Einblick in die Rüstungsexportbewilligungen des Bundessicherheitsrates bzw. des Vorbereitenden Ausschusses der vergangenen gut zwölf Monate:

Beispiele von Genehmigungsentscheidungen des BSR

Am 6. November 2015 konnte die Rüstungsindustrie - allen voran H&K - einmal mehr jubeln. Wie Sigmar Gabriel in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Dr. Peter Ramsauer, mitteilte, wurden 14 Anträge bewilligt.

Sieben davon für den Oberndorfer Kleinwaffenhersteller, der u.a. 215 vollautomatische Gewehre an Brasilien, 55 Rohre für Maschinenpistolen an Hongkong, 100 Maschinenpistolen und 10 Maschinengewehre an Malaysia, 1600 vollautomatische Gewehre und 100 Maschinenpistolen an den Oman sowie 14 vollautomatische Gewehre und 500 Maschinenpistolen mit 63000 Patronen an die Vereinigten Arabischen Emirate exportieren durfte.

Indien konnte mit weiteren 100 Maschinenpistolen von Heckler & Koch ausgerüstet werden. Zugleich erhielt Pakistan, das sich im kriegerischen Konflikt mit Indien befand, u.a. nach einem Umbau bei Rheinland-Air-Service zwei Militärflugzeuge zurückgeliefert. Des Weiteren konnten Kriegswaffen von Atlas-Elektronik nach Ägypten und von Dynamit Nobel Defence nach Jordanien verbracht werden.

Nach Algerien, bekanntermaßen von einer dramatischen Menschenrechtssituation gekennzeichnet, konnten nach zwei getrennten Ausfuhrgenehmigungen 92 und 88 Daimler-LKW mit militärischen Ausstattungen geliefert werden.

In eben diesem Jahr bilanzierte Amnesty International eine desaströse Menschenrechtssituation in Algerien: „Die Behörden schränken vor allem unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen im April 2014 die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ein, lösen Demonstrationen auf und schikanieren Menschenrechtsverteidiger.“ Zudem wurden Frauen „vor dem Gesetz und im täglichen Leben diskriminiert und waren unzureichend gegen Gewalt geschützt“. Migranten wurden „diskriminiert, misshandelt und willkürlich ausgewiesen“, wenn sie ohne regulären Aufenthaltsstatus erwischt wurden. „Todesurteile wurden verhängt“, auch wenn sie (bisher) nicht vollstreckt wurden. Zudem „töteten die Sicherheitskräfte 2014 zahlreiche Angehörige bewaffneter Gruppierungen“.

Seither ist ein Jahr vergangen, in dem der BSR weitere Kriegswaffenexporte von Dynamit Nobel Defence an Israel und einer Fregatte der Thyssen-Krupp-Marine-Systems an Algerien bewilligte.

In seiner bislang jüngsten Entscheidung genehmigte der BSR bzw. der Vorbereitende Ausschuss laut Ministermitteilung Sigmar Gabriels vom 2. November 2016 den Export zahlreicher Waffensysteme an Jordanien: So dürfen an das Militär des Königreiches 24 Schützenpanzer Marder, 28 Ersatzverschlüsse Maschinenkanonen Kaliber 20 mm und weitere Kriegswaffen exportiert werden. Auftragssteller ist Rheinmetall bei einem Gesamtvolumen von ca. 12,8 Millionen Euro.

Jordanien ist Teil der Militärallianz unter Führung von Saudi-Arabien, die seit dem 25. März 2015 im Jemen interveniert. Mit den Angriffen auf Stellungen der Huthi wurden weite Teile des Jemen und die Hauptstadt Sana'a unter ihre Kontrolle gebracht. Amnesty International verweist im aktuellen AI-Report 2015/16 auf die Folgen der Militäraktion der neun Staaten und deren Luftangriffe.

Danach verübten die von Saudi-Arabien geführte Militärallianz und andere Kräfte „zahlreiche Angriffe, bei denen Tausende Menschen getötet oder verletzt wurden, darunter viele Zivilpersonen. Einige der Luftangriffe der Militärallianz verstießen gegen das humanitäre Völkerrecht und könnten Kriegsverbrechen gleichkommen. Die Militärallianz setzte auch Bodentruppen im Jemen ein und verhängte eine Luft-, Land- und Seeblockade, durch die sich die humanitäre Situation der jemenitischen Zivilbevölkerung weiter verschlechterte.“

Gleichfalls am 2. November genehmigte der BSR den Export von

31 Lenkflugkörpern (d.h. gesteuerte Raketen) des Typs Side-winder für Südkorea. Das Land steht in einer dramatischen Bedrohungslage mit Nordkorea. Auftragssteller ist diesmal die Diehl BGT Defence.

Mit derselben Exportentscheidung wurden auch zahlreiche Waffenausfuhrungen an Thailand zugunsten des Antragstellers Airbus genehmigt. Das Gesamtvolumen der Lieferungen von einer mobilen Luftüberwachungsanlage, eines Militär-LKW, verschiedener Unterlagen und der Betriebssoftware umfasst rund 12,3 Millionen Euro.

Die politische Lage in Thailand ist nach dem Militärputsch vom Mai 2014 weiterhin äußerst angespannt. „Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind allerdings, nach wie vor, erheblich eingeschränkt. Es wird daher empfohlen, Demonstrationen und Menschenansammlungen zu meiden, da gewaltsame Auseinandersetzungen

Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages Herr Dr. Peter Ramsauer MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Informationen über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses für Wirtschaft und Energieentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel

Nr./Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller	Gesamtvolumen
9 Design-, Lizenz- und Materialpakete (exkl. Waffensysteme) sowie technische Assistenz für Patrouillenboote 40m	für 6 Patrouillenboote	Malaysia	Diehl BGT Defence	
10 Maschinenpistolen	100	Malaysia		
Maschinengewehre	10			
Rohre	10			
vollautomatische Gewehre	100			
11 Modernisierung und Wiedererwerb einer derzeit nicht seefähigen Fregatte	1	Nigeria	Rheinland Air Service GmbH	
12 Vollautomatische Gewehre	1.600	Oman	Atlas Elektronik	
Gehäuseoberteile	9			
Verschlüsse	34			
Granatmaschinenwaffen	48			
Maschinenpistolen	100			
Rohre	2			
13 Umbau und Wiedererwerb von 2 Militärflugzeugen zu Maritimen Patrouillenflugzeugen, ausgerüstet u.a. mit 4 Torpedo-Halterungen	2	Pakistan	Rheinland Air Service GmbH	
14 Vollautomatische Gewehre	14	Vereinigte Arabische Emirate	Heckler & Koch GmbH	
Maschinenpistolen	500			
Patronen	63.000			

Informationen über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses für Wirtschaft und Energieentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel

Nr./Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller	Gesamtvolumen
1 Baugruppen und Teile für tragbare Panzerabwehrwaffen (keine Komplettsätze) und Baugruppen und Teile für Testwaffen tragbare Panzerabwehrwaffen (keine Komplettsätze)	Teilzulieferungen für 1.100 Stück Teilzulieferungen für 30 Stück	Israel	Dynamit Nobel Defence GmbH	

* Die Bundesregierung sieht von Angaben zum Auftragsvolumen dann ab, wenn diese in Kombination mit Angaben zu Stückzahlen Rückschlüsse auf den Einzelpreis bestimmter Rüstungsgüter zulassen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (2 BvE 5/13) wurden Angaben, die so konkret sind, dass aus ihnen auf vertrauliche Informationen, etwa auf den Einzelpreis eines bestimmten Rüstungsgutes, geschlossen werden kann, in unverhältnismäßiger Weise in die Berufsfreiheit der Unternehmen eingreifen (vgl. Rn. 185, 192 und 219 des Urteils).

Informationen über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses für Wirtschaft und Energieentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel

Nr./Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller	Gesamtvolumen
1 Fregate MEKO A-200 AN mit Bewaffnung, Munitionspaket und Zubehör sowie Bordhubschrauber Super Lynx 300 Mk 140 Agusta Westland* mit Bewaffnung und Munitionspaket	1	Algerien	ThyssenKrupp Marine Systems GmbH	

* Die zwei Bordhubschrauber, die bereits Eigentum Algeriens sind, wurden aus Großbritannien zugeliefert.

zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften nicht auszuschließen sind“, so die aktuellen Empfehlungen des Auswärtigen Amtes vom November.

Wer wie der BSR in den Jahren 2014 bis 2016 - Waffentransfers in Kriegs- bzw. Krisenländer zu stimmt, der nimmt den möglichen Einsatz der deutschen Kriegswaffen gegen die Zivilbevölkerung im Nachbarland (Jordanien und Südkorea) oder gegen die eigene Bevölkerung (Thailand) billigend in Kauf.

Fazit fatal

Der Tod wohnt im Bundeskanzleramt, dort wo die Mitglieder des BSR mehrfach im Jahr in geheimer Sitzung tagen. Seit ihrem Amtsantritt nach der Bundestagwahl im Herbst 2013 genehmigten die derzeitigen Mitglieder des BSR unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zahlreiche Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten.

Die Folgen der Ausfuhrgenehmigungen sind fatal: Deutsche Waffen und Rüstungsgüter durften und dürfen von hiesigen Rüstungskonzernen selbst an autokratische und repressive Regimes, auch an Diktatoren im Nahen und Mittleren Osten sowie im Maghreb geliefert werden. Die Kriegseräte werden dort vielfach gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Die Demokratiebewegung wird in vielen Empfängerländern mit Waffengewalt bedroht und unterdrückt. Schlimmer noch: In der Ära Merkel/Gabriel wurden bisher tausende Menschen durch den Einsatz auch deutscher Kriegswaffen verstümmelt, traumatisiert oder getötet, Unzählige in die Flucht getrieben.

Zahllose Menschen starben bei dem Versuch, vor den Unterdrückern aus ihrem Heimatland zu fliehen und Europa über das Mittelmeer zu erreichen.

Die „Gesellschaft Kultur des Friedens“ bezifferte deren Zahl bereits im September 2016 auf mehr als 4000 Ertrunkene allein in diesem Jahr. Dabei flohen die meisten vielfach gerade aus den Ländern, an deren Machthaber Deutschland zuvor Kriegswaffen geliefert hatte - was den Slogan erklärt: „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“.

In Ignoranz all dieser Tatsachen hat die christlich-sozialdemokratische Bundesregierung das Volumen der Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen von 2014 auf 2015 von 6,52 auf 12,81 Milliarden Euro auf einen bislang unerreichten Rekordwert nahezu verdoppelt. Mit diesen jüngst erneut exorbitant gesteigerten Exportgenehmigungen droht der legalisierte Waffenhandel deutscher Rüstungskonzerne in den kommenden Jahren weiter massiv anzusteigen.

Wie auch in den Vorjahren befinden sich unter den Empfängern wieder menschenrechtsverletzende Regimes, wieder Staaten im Krieg. Sigmar Gabriel, vor der Bundestagwahl noch vehementer Kritiker dieser deutschen Rüstungsexportpraxis, hat seine Wahlversprechen fundamental gebrochen. Schon jetzt geht er als Negativrekordhalter bei Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen in die Annalen der

Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG

Neue Fallstudie des BITS mit DFG-VK-Unterstützung zu einem oft vergessenen Thema



Munition ist ein Grundnahrungsmittel des Krieges. Munitionsexporte sind dagegen Stiefkinder der Rüstungsexportdebatte. Das muss sich ändern. Im ersten Halbjahr 2016 machten Munitionsexporte mehr als ein Fünftel des Wertes aller deutschen Rüstungsexportgenehmigungen aus. Der größte in Deutschland ansässige Rüstungskonzern, die Rheinmetall AG, gehört nach eigenen Angaben heute zu den wichtigsten Munitionslieferanten der Welt.

Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) hat sich die Munitionsexporte von Rheinmetall in einer faktenreichen neuen Fallstudie genauer angeschaut: „Hemmungslos in alle Welt“ analysiert, wie sich der Rheinmetall-Konzern durch den Kauf ausländischer Munitionshersteller und den Aufbau von Gemeinschaftsfirmen im Ausland ein weltweites Vertriebsnetz mit entsprechenden Marktanteile gesichert hat. Rheinmetall ist in den Export ganzer Munitionsfabriken eingestiegen und umgeht geschickt deutsche und europäische Beschränkungen beim Waffenexport.

Die logische Konsequenz: Munitionen aus dem Rheinmetall-Konzern kommen in Kriegen zum Einsatz; genauso wie in Staaten, die die Menschenrechte massiv missachten.

Die Studie „Hemmungslos in alle Welt - Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG“ entstand mit Unterstützung etlicher Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen, so des Dachverbandes Kritischer Aktionäre, des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg, der grassroots foundation, Ohne Rüstung Leben, des RüstungsInformationsBüro (RIB e.V), urgewald und der Stiftung Umverteilen.

Im Internet kann die Studie unter www.bits.de/public/rr16-01.btm heruntergeladen oder auch als Broschüre bestellt werden.

Tabellarische Übersicht über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Nr.	Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller	Gesamtvolumen
1	Schützenpanzer Marder	24	Jordanien	Rheinmetall Landsysteme GmbH	ca. 12,8 Mio. EUR
2	Maschinenkanonen Kal. 20mm	28			
3	Ersatzverschlässe Maschinenkanonen 20mm	28			
4	Fahrschulpanzer Marder Ersatzteile	1			
5	Lenkflugkörper SIDEWINDER komplett oder in Einzelteilen	31	Südkorea	Diehl BGT Defence GmbH	
6	Mobile Luftüberwachungsanlage	1	Thailand	Airbus DS Electronics and Border Security GmbH	ca. 12,3 Mio. EUR
7	Militärischer Lastkraftwagen	1			
8	Ersatzteile, Schulungs- und Verwendungsunterlagen, Betriebssoftware				

Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode Ausschuss für Wirtschaft und Energie Ausschussdruckache 18/09/04 8. November 2016

Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie der Deutschen Bundestages Herrn Dr. Peter Ramsauer MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Sigmar Gabriel MdB Bundesminister für Wirtschaft und Energie Schumannstraße 34 - 32, 10119 Berlin

Informationen über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass der Bundestag unverzüglich über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates unterrichtet wird. Entsprechend des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 8. Mai 2014 übermittle ich daher dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie in der Anlage Informationen über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Sigmar Gabriel

Anlage

Tabellarische Übersicht über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorbereitenden Ausschusses

Nr.	Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller	Gesamtvolumen
1	Schützenpanzer Marder	24	Jordanien	Rheinmetall Landsysteme GmbH	ca. 12,8 Mio. EUR
2	Maschinenkanonen Kal. 20mm	28			
3	Ersatzverschlässe Maschinenkanonen 20mm	28			
4	Fahrschulpanzer Marder Ersatzteile	1			
5	Lenkflugkörper SIDEWINDER komplett oder in Einzelteilen	31	Südkorea	Diehl BGT Defence GmbH	
6	Mobile Luftüberwachungsanlage	1	Thailand	Airbus DS Electronics and Border Security GmbH	ca. 12,3 Mio. EUR
7	Militärischer Lastkraftwagen	1			
8	Ersatzteile, Schulungs- und Verwendungsunterlagen, Betriebssoftware				

* Die Bundesregierung sieht von Angaben zum Auftragsvolumen dann ab, wenn diese in Kombination mit Angaben zu Stückzahlen Rückschlüsse auf den Einzelpreis bestimmter Rüstungsgüter zuließen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (2 BvE 5/11) würden Angaben, die so konkret sind, dass aus ihnen auf vertrauliche Informationen, etwa auf den Einzelpreis eines bestimmten Rüstungsguts, geschlossen werden kann, in unverhältnismäßiger Weise in die Betriebsfreiheit der Unternehmen eingreifen (vgl. BvL 185, 192 und 249 des Urteils).

deutschen Rüstungsexportgeschichte ein. Derart todbringend hat wohl kein Wirtschaftsminister vor ihm jemals agiert.

So befanden sich im Zeitraum von 2014 bis 2016 – Gabriels ersten drei Jahren im Bundessicherheitsrat – unter den Empfängerländern deutscher Kriegswaffen zahlreiche Staaten, die die Menschenrechte massiv verletzen. Selbst kriegführende Staaten werden mit deutschen Waffen und Rüstungsgütern hochgerüstet. Saudi-Ara-

bien, das allein 2015 laut Amnesty International 150 Todesurteile öffentlich vollstreckte, ist die militärische Führungsnation im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Jemen.

Welche Waffen die saudische Luftwaffe einsetzt – möglicherweise Eurofighter Typhoon aus deutsch-britischer Produktion –, ist bislang ungeklärt. Unbestreitbar dagegen ist die Tatsache, dass ein Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Human

Rights Watch schon im Mai 2015 vor Ort im Jemen die Bombenhülle einer MK83 fotografierte. Das ist eine 1000-Pfund-Bombe aus der MK-Serie, die bei einem Tochterunternehmen von Rheinmetall in Italien gefertigt wird.

Die Türkei führt, maßgeblich mit deutschen Kleinwaffen, Krieg gegen Kurden im Südosten des Landes und gegen den IS und andere Kräfte im Irak. Indien und Pakistan führen Krieg gegeneinander –

Verleihung der Ehrendoktorwürde an Jürgen Grässlin für „mutigen Einsatz zur Aufdeckung der Gräueltaten des Waffenhandels“

„Begegnung mit Welt-Wagemut“, so lautete die Überschrift über der 1. Nationalen Utopie-Konferenz in Verona/Sezano in Italien. Das „Monastero del Bene Comune“ (Gemeinwohl-Kloster) liegt wenige Kilometer von Verona entfernt inmitten von idyllischen Weinbergen. Dort finden immer wieder interessante Veranstaltungen der „Università del Bene Comune“ statt, die dort ihren Sitz hat. Am 14. und 15. Oktober trafen sich dort ca. 120 Menschen zum Thema: „Utopie – neu denken! Von der Fantasie des Unmöglichen zur Realisierung eines Sinneswandels“.

Bereits am Vorabend des Kongresses war Jürgen Grässlin auf Einladung der italienischen Friedensbewegung „Centro della Pace“ in Südtirol zu einem Vortrag in Bozen eingeladen. Die Tageszeitung „Alto Adige“ veröffentlichte einen ganzseitigen Beitrag mit einem Interview, in dem Grässlin als ein „Wirbelwind“ bezeichnet wird, der mit seinen Enthüllungen über illegalen Waffenhandel „politische Erdbeben mit jedem seiner Bücher in Deutschland auslöst hat“.

die Auswirkungen der Waffenlieferungen aus Deutschland und Italien in aktuelle Kriegs- und Krisengebiete und die Mitverantwortung der jeweiligen Regierungen.

Am Samstagnachmittag, 15. Oktober, erfolgte dann die Verleihung der Ehrendoktorwürde Honoris Causa (h.c.) in Utopia 2016 durch den Politologen Prof. Riccardo Petrella. Im vorausgehenden Vortrag sprach Jürgen Grässlin zu den von ihm recherchierten Sachverhalten „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ – auch hier mit den Schwerpunkten deutscher und italienischer Waffentransfers.

Grässlins Analyse entpuppte sich schnell als traurige Wahrheit: Nur wenige Tage zuvor hatte die bekannte katholische Tageszeitung „Avvenire“ mehrere Artikel über Massaker im Jemen und die Beteiligung italienischer wie auch deutscher Waffenfirmen veröffentlicht. Diese exportieren ihre Bomben und Militärgeräte vom Flughafen Cagliari in Sardinien aus direkt in den Jemen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit handelt es sich u.a. auch um Bomben, die von der italienischen Rüstungsfirma „RWM Italia“, einem Ableger der deutschen Firma Rheinmetall Defence, gefertigt und geliefert wurden.

In Bezug auf den Export von Kleinwaffen aus Italien konnte Jürgen Grässlin die naheliegende Vermutung äußern, dass der Unternehmensführer Ugo Gussalli Beretta der – wie er sagte – „Nummer-eins-Täter der italienischen Rüstungsindustrie“ ist. Der Kleinwaffenhersteller und -exporteur Beretta hat seinen Firmensitz in der Provinz Brescia und versorgt die Krisen- und Kriegsregionen der Welt mit Gewehren.

Die „Audacia“, der Wagemut und die Kühnheit, mit der Jürgen Grässlin immer wieder „aufsteht für das Leben“ und sich gegen eine Kultur des Todes durch Waf-

fengewalt stark macht, wird nun erstmalig durch die Verleihung einer Ehrendoktorwürde gewürdigt. In der Urkunde, die ihm überreicht wurde, ist zu lesen:

„Die Ehrendoktorwürde in Utopia wird an Jürgen Grässlin verliehen für: seinen langjährigen – auf europaweit durchgeführten Forschungen und Untersuchungen gestützten – mutigen Einsatz zur Aufdeckung der Gräueltaten des Waffenhandels, der sich in der offenen Form des Handelsgeschäftes vollzieht oder als verdeckte Vernetzung und Verwicklung mit jenen politischen Strategien erfolgt, die darauf abzielen, überall auf der Welt Todes- und Terrorwerkzeug zu verkaufen. Tag und Nacht setzt sich Grässlin als Sprecher der Kampagne ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel‘, bei der mehr als hundert Verbände und Gruppen der Zivilgesellschaft mitmachen, leidenschaftlich für Frieden und Gewaltlosigkeit ein.“

Die TeilnehmerInnen erhoben sich zur Verleihung in diesem feierlichen Moment. Es war ein bewegendes Erlebnis, die Freude zu erleben, dass der Einsatz von Frauen und Männern für den Frieden und zum Wohl der Menschen längst begonnen hat und sich europäisch vernetzt.

Im abschließenden Filminterview mit der internationalen Presseagentur Presenza sprach Jürgen Grässlin über die Utopie einer Welt des Friedens, zu der wir alle beitragen können und die wir miteinander aufbauen können (*siehe <https://www.youtube.com/watch?v=tIrfFrXgINM>*). Presenza zeigt auch Filmausschnitte von der Preisverleihung – der knapp fünfzehnminütige Kurzfilm beeindruckt.

Die Ehrendoktorwürde für die Utopie des Friedens an Jürgen Grässlin ist eine Anerkennung für alle Frauen und Männer, die sich von Herzen engagieren und Aufstehen für das Leben, das uns allen geschenkt wurde.

Alexander Schleicher, katholischer Pfarrer der Kirchengemeinde An der Eschbach, DFG-VK Villingen



Jürgen Grässlin und seine Frau Eva mit den anderen Geehrten

Grässlin stellte im Zeitungsinterview sein aktuelles Buch „Netzwerk des Todes“ vor, das er gemeinsam mit dem Filmemacher Daniel Harrich und der Journalistin Danuta Harrich-Zandberg veröffentlicht hatte. Bei einer Podiumsveranstaltung im Bozener Rathaus erläuterte er im Gespräch mit Giorgio Beretta, einem renommierten italienischen Friedensaktivisten,

die Militärs beider Länder erhalten mit BSR-Zustimmung deutsche Kriegswaffen.

Nicht jeder Rüstungsexport stellt eine Beihilfe zu mörderischen Handlungen da. Doch die deutsche Rüstungsexportpraxis ist weltweit eine einmalige, die eine Personifizierung möglich, wenn nicht vonnöten macht. Maßgeblich Mitschuld am völlig enthemmten Rüstungsexport tragen die neun stimmberechtigten Akteure im Bundessicherheitsrat: Merkel, Gabriel, sechs weitere Minister sowie der Chef des Bundeskanzleramtes.

Durch deren geradezu skrupellose Genehmigung von Kriegswaffen transfers an menschenrechtsverletzende Staaten machen sie sich mitschuldig an schwersten Menschenrechtsverletzungen in den Empfängerländern, die mit deutschen Exportwaffen begangen werden. Durch ihre Rüstungsexportgenehmigungen in Krisen- und Kriegsgebiete – allen voran an kriegsführende Staaten – machen sich die Mitglieder des BSR vielfach mitschuldig am

Morden mit den gelieferten Waffen. Der Vorwurf lautet deshalb unumgänglich: Beihilfe zu schwersten Menschenrechtsverletzungen und Beihilfe zu Mord.

Und er lautet auf Bruch des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen den Irak durch Waffenlieferungen an die Regierung in Bagdad (mit Weiterleitung an die Peschmerga im Nordirak) und somit auf Verletzung des Völkerrechtes, was zugleich einem Bruch des Grundgesetzes gleichkommt.

Einmischen in den Bundestagswahlkampf 2017

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ – wesentlich mitgetragen von der DFG-VK – organisiert im Jahr der Bundestagswahl 2017 zahlreiche Aktivitäten und Aktionen. Zurzeit führt die Aufschrei-Kampagne die Unterschriftensammlung „Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!“ durch. Am 3. und 4.

März 2017 organisiert Pax Christi die Aufschrei-Aktionskonferenz „Stoppt den Waffenhandel!“ in St. Georgen in Frankfurt am Main (siehe www.paxchristi.de). Vom 6. bis zum 17. Juni 2017 findet ein Staffellauf „Frieden geht“ von Oberndorf am Neckar (Heckler & Koch) bis nach Berlin (Bundessicherheitsrat und Bundeswirtschaftsministerium) statt (Online-Informationen ab Jahresbeginn 2017 unter der Adresse www.frieden-geht.de).

Umfassende Informationen finden sich auf den Websites www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de und www.rib-ev.de.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher des Rüstungsinformationsbüros und Sprecher der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Am 10. Dezember wird ihm der Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Weitere Infos und Kontakt: <http://juergengraesslin.com>

„Erst kommt das Fressen, dann die Moral“

Interview mit Wolfgang Landgraeber über seine Heckler&Koch-Filme und Deutschlands Waffenstadt Nr. 1

ZivilCourage: *Wie erklärt sich deine intensive Beschäftigung mit Fragen der Kriegsproblematik?*

Wolfgang Landgraeber: Auslöser war, dass ich zu feige war, den Kriegsdienst zu verweigern. Im Jahr 1966 habe ich die Bundeswehr als einen Verein kennengelernt, dem ich eigentlich nie angehören wollte. Und dennoch leistete ich meinen Wehrdienst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Dabei diente ich in Rheine in Westfalen bei einem Luftwaffengeschwader mit Starfightern. Diese Kampfflugzeuge waren damals teilweise sogar atomar bewaffnet.

Über die Jahre hast du dich auch intensiv mit dem G3-Gewehr von Heckler & Koch und dessen massenhaften Exporten beschäftigt. Dieses Sturmgewehr hast du schon als Bundeswehrsoldat nur allzu gut kennengelernt.

Ja, natürlich. Aber auch nach der Bundeswehrzeit verfolgte ich die Spur dieser Waffe. Wenige Jahre nach der Bundeswehr ging ich an die Filmhochschule in München. Ich fragte mich bereits damals: Was sind das für Menschen, die abertausendfach Gewehre bauen? Und: Was ist das für eine Firma, die diese Massenvernichtungswaffen in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert?

Aus der intensiven Auseinandersetzung mit dem Gewehrhersteller Heckler & Koch resultierte im Jahr 1984 der Dokumentarfilm „Fern vom Krieg“ und die spätere Kurzfassung „Südfrüchte aus Oberndorf“. Zudem entstand das ARD-Format „Unter deutschen Dächern“ mit dem Film „Das Oberndorfer Gewissen“.

Der Filmtitel „Südfrüchte aus Oberndorf“ hat eine durchaus spannende Vorgeschichte.

Stimmt. Als ein Verkaufsentwickler von Heckler & Koch vom Frankfurter Flughafen abfliegen wollte, ließ er damals seinen Koffer vor dem Eincheckschalter stehen. Dieser fiel in die Hände linksalternativer Aktivisten der Zeitschrift „Pflasterstrand“, die die Unterlagen an mich weiterreichten. Die wichtigsten Papiere veröffentlichte ich, den Koffer haben wir dann schön brav bei der Polizei abgeliefert. Der Filmtitel erklärt sich durch den Geheimcode des Heckler&Koch-Dealers Lothar Armin Bähr: Die Südfrüchte „Banane“ und „Orange“ standen für H&K-Waffen, die nach Lateinamerika geliefert werden sollten.

Wie lautet die zentrale Botschaft deines ersten Filmes über die Waffenstadt Oberndorf?

Mit diesem Film gebe ich der Verwundung Ausdruck, dass man in Oberndorf

seit jeher geradezu stolz darauf ist, zweihundert Jahre lang Todesprodukte herzustellen und in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren und dass man zugleich ruhigen Gewissens schlafen kann. Die Beschäftigten bei H&K und die beim zweiten großen Oberndorfer Waffenproduzenten Rheinmetall, damals Mauser-Werke, können verwunderlich verdrängen.

Also muss man die Folgen seines Handelns verdrängen, wenn man bei Heckler & Koch oder Rheinmetall arbeitet?

Das ist nur allzu logisch. Wenn man in einem der beiden großen Waffenschmieden der Waffenstadt Oberndorf arbeitet, dann muss man den todbringenden Charakter der selbst gefertigten Produkte völlig verdrängen. Man stellt eben nicht nur Sportwaffen her, sondern maßgeblich Kriegswaffen. Und aufgepasst: G3-Gewehre und heute G36-Gewehre wurden bzw. werden – ebenso wie die Bordkanone des Eurofighters von Rheinmetall – in Kriegsgebiete wie Saudi-Arabien exportiert. Die Menschen müssen die furchtbaren Folgen ihres Handelns verdrängen, um ihren Beruf ausüben zu können.

Als einer der Besucher der Filmpremiere im Oberndorfer Kino vor mittlerweile rund 30 Jahren erinnere ich mich nur allzu gut an die negativen Reaktionen



Foto: Stefan Philipp

Demonstration vor dem Heckler & Koch-Firmengelände in Oberndorf am Neckar Anfang Juni 2013

von H&K-Mitarbeitern auf die Vorführung.

Oh ja, eine Szene haben sie mir damals besonders übel genommen: Ich habe den Aufmarsch der Truppen des Massenmörders Idi Amin aus Uganda mit G3-Gewehren gezeigt. Die Szene wechselt hin und her mit dem feierlichen Umzug der Oberndorfer anlässlich der damaligen 1200-Jahr-Feier. Diese Szene nehmen sie mir bis heute übel. Für viele Oberndorfer war dies die Begründung, warum sie mit mir nichts zu tun haben wollen.

Drei Jahrzehnte sind seither vergangen. Weshalb bast du aktuell den zweiten Film – „Vom Töten leben“ – gedreht?

Anders als beim ersten Film hatte ich die Hoffnung, jetzt doch in die Gedanken- und Motivationswelt der Rüstungsarbeiter vordringen zu können – was mir beim ersten Mal nicht gelungen war.

Heute ist mir das mit der Hilfe von Protagonisten im Film zumindest teilweise gelungen. Beispielsweise durch Thomas Kästner, dessen Vater in der Entwicklungsabteilung von Heckler & Koch gearbeitet hat. Er verstarb mit gerademal 47 Jahren. Der Sohn ist Kriegsdienstverweigerer und hat versucht, Erklärungen zu finden für den frühen und völlig überraschenden Tod seines Vaters.

Die da wären?

Der Vater konnte mit dem Zwiespalt nicht leben, auf der einen Seite für Frieden und Freiheit eintreten zu wollen und auf der anderen Seite höchstpersönlich an der Entwicklung von Kriegswaffen zu arbeiten. Technisch gesehen war der Mann beteiligt an der Optimierung eines komplizierten Zusammenspiels von Baugruppen, die letztendlich den weltweiten „Erfolg“ des G3 begründeten.

Seit Jahrzehnten schießen Terroristen bevorzugt mit H&K-Waffen: Von der RAF in Deutschland über die sunnitisch-islamistische Palästinenserorganisation Hamas bis hin zur Farc in Kolumbien oder dem Sendero Luminoso in Peru...

... auch bei Al-Shabaab, bei Boko Haram und dem IS, dem sogenannten „Islamischen Staat“. Der Film liefert die Bilder und damit die Beweise dafür, dass selbst modernste H&K-Waffen, wie das G36, heutzutage von Terrorgruppen wie diesen rund um den Globus eingesetzt werden.

Wie gelangen die H&K-Waffen in die Hände von Terrorgruppen?

Die Endverbleibszertifikate, die die Bundesregierung von den Empfängerländern verlangt, sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt werden. Bei vielen dieser Empfänger handelt es sich um korrupte Polizisten und Militärs, die die Waffen weiterverkaufen. Wer bezahlt, der bekommt.

Welchem Weg bist du mit deiner Kamera gefolgt, um das Oberndorfer Gewissen in heutiger Zeit zu zeigen?

Zuerst einmal habe ich das getan, was alle Journalisten tun: Mit der Kamera durch die Stadt streifen. Dabei habe Einwohner alles getan, um mir auszuweichen, um wegzugehen. Das war ein Schlag ins Wasser. Einer hat uns angepöbel, wir sollen von hier verschwinden.

Was also tun, wenn der Beton derart hart angerührt ist?

Das ist wahrlich nicht leicht. Ich habe mich mit dem damaligen katholischen Stadtpfarrer Albrecht Zepf getroffen; zu einer Zeit, da er noch nicht pensioniert war. Ich habe ihn gebeten, H&K-Mitarbeiter in seiner Gemeinde anzusprechen und sie zu bitten, mir für Interviews zur Verfügung zu stehen. Ich habe nur einen einzigen gefunden, den langjährigen Betriebsratsvorsitzenden von Heckler & Koch, Edgar Hagen. Der IG Metall war bereit, aber ich musste ihm größtmögliche Fairness zusagen und die Fragen vorab einreichen.

Nun ist Edgar Hagen nicht gerade für eine kritische Linie gegen dem H&K-Vorstand bekannt. Jahrelang hat er die Gewehrproduktion und -exporte wohlwollend kommentiert. Zeichnet sich hier ein Gesinnungswandel ab?

Nein, das nicht. Für den Film hat er unmissverständlich geäußert, er „stehe voll dahinter, hinter Produkt und Unternehmen“. Zudem ergänzt er: „Seit es den Homo Sapiens, seit es den Menschen gibt, gibt es Waffen und Kriege.“ Er sei „von der Illusion einer Welt ohne Kriege und Waffen weit entfernt.“ Der Mensch sei eben des Menschen Wolf, und das würde immer so bleiben.



Friedensdemonstration in Oberndorf am Neckar in den 1980er Jahren

Homo homini lupus. Damit rechtfertigt die Rüstungsindustrie seit jeber Kriegseinsätze und Waffenexporte. Ich hoffe, du bist da optimistischer gestimmt. Ich bin fest überzeugt, dass es eine Zukunft ohne Kriege geben wird – auch wenn wir eingeständenermaßen noch weit davon entfernt sind. Ich setze auf den zivilisatorischen Fortschritt. Will die Menschheit überleben, muss sie lernen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Ein absolutes Highlight in deinem neuen Film ist der kontroverse theologische Disput zwischen Pfarrern in der Region. Da fehlt so manchem Kirchenvertreter der Mut, unangenehme Wahrheiten auszusprechen und sich an Jesus als Friedensstifter zu orientieren.

Ich habe Priester Stephan Lampart aus Bochingen nahe Oberndorf die unmissverständliche Botschaft aus dem Vatikan vorgehalten. Papst Franziskus hat, wie im Film angesprochen, geäußert: „Wer Waffen baut oder vertreibt, der kann sich nicht Christ nennen.“ Pfarrer Lampart hat darauf entgegnet: „Das ist völlig undurchdacht. Da stellt er sich gegen die ganze theologische Tradition. Er kann doch nicht jeden, der in der Waffenindustrie mitarbeitet, exkommunizieren.“ Lamparts Vorwurf an den Papst: „Also, er denkt manchmal Sachen nicht zu Ende.“

Dabei hilft ein Blick in die Bergpredigt im Neuen Testament.

Ja! Und zum Glück gibt es auch die originäre Sicht in der Katholischen Kirche. Alexander Schleicher, der in Niederschach eine halbe Stunde von Oberndorf entfernt als leitender Pfarrer tätig ist, vertritt im Film die Ansicht, dass die Kirche ganz klar in der Mitverantwortung steht, Kriege und Gewalt zu ächten – und damit auch Waffenproduktion und -export. Pfarrer Schleicher stimmt Papst Franziskus zu: Wer in der Waffenindustrie arbeitet und davon lebt, darf den Aufruf der Bergpredigt zu Gewaltverzicht und zum Friedensstiften nicht missachten. Das Schweigen über die Folgen der Waffenproduktion und des Exportes in kriegführenden Staaten muss gebrochen werden. Dabei braucht es die Stimme und den aktiven Beitrag der christlichen Kirchen und Ihrer Mitglieder.

Schon vor drei Jahrzehnten sagte mir der damalige evangelische Pfarrer aus Oberndorf, der friedensbewegungsnah war: Wenn ich in meinem Gottesdienst offen kritisieren würde, dass manche meiner Gemeindemitglieder am Sonntag in die Kirche geben und am Montag tödliche Kriegswaffen bauen, dann wäre die Kirche noch leerer. Hat sich denn nichts geändert in den gut 30 Jahren, die

zwischen deinen beiden Filmen liegen?
Nein, nicht in dieser Waffenstadt. Leider hat sich eben nichts Grundlegendes verändert, weder im Denken noch in der Einstellung der Beschäftigten von Heckler & Koch. Schließlich betonen Oberndorfer Gewerkschafter – wie Edgar Hagen – man dürfe nicht vergessen, dass Waffen auch eine friedenserhaltende Funktion durch Abschreckung hätten.

Wie lautet die Kernbotschaft deiner neuen Filme?

Zum Ersten frei nach Bertolt Brecht: Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Zum Zweiten: Wenn sich jeder, der Waffen produziert, klarmachen würde, gegen wen diese letztlich eingesetzt werden, müsste er sofort die Arbeit in der Rüstungsproduktion einstellen. Drittens: Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter – deswegen ist Heckler & Koch in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend von Ermittlungen der deutschen Justiz verschont geblieben. Erst durch deine wiederholten Strafanzeigen und durch die Journalisten, die dann nachgehakt und in Mexiko vor Ort recherchiert haben, ist der öffentliche Druck entsprechend gewachsen. Und endlich hat sich die Stuttgarter Staatsanwaltschaft dazu herabgelassen, Anklage gegen sechs Manager von Heckler & Koch wegen der illegalen G36-Gewehrexporte nach Mexiko zu erheben.

Wie schätzt du die Folgen der Strafverfahren gegen sechs führende H&K-Mitarbeiter ein – vor allem, wenn es 2017 zu einer Verurteilung vor Gericht kommen sollte?

Wolfgang Landgraber ist Filmemacher und war bis 2012 Leiter der Programmgruppe Dokumentationen Kultur und Geschichte im WDR-Fernsehen. Er beschäftigt sich seit den Achtzigerjahren intensiv mit Fragen des Waffenhandels und -exports. Das Interview für die **ZivilCourage** führte **Jürgen Grässlin**. Für die Veröffentlichung hier wurde es gekürzt. Die ausführliche Fassung ist auf der Homepage der DFG-VK zu lesen: www.dfg-vk.de
Kontakt zu Wolfgang Landgraber: Dantestraße 27, 80637 München; Telefon: 089-178778-02; E-Mail w.landgraber@t-online.de



Ich verspreche mir von dem Prozess, dass die kritische Öffentlichkeit zukünftig genauer und schärfer hinsieht. Denn bisher haben die wenigen Verfahren wegen illegalen Waffenhandels in Deutschland kaum Beachtung gefunden. Was für die H&K-Beschäftigten und für die Oberndorfer im Kleinen gilt, das gilt auch für die Öffentlichkeit im Großen: wegschauen und verdrängen. Genau dagegen kämpfe ich mit meinen Dokumentarfilmen an.

Jetzt gilt es, deinen Film über Oberndorf – Deutschlands Waffenstadt Nummer eins – national wie international bekannt zu machen. Du reist zurzeit durch die gesamte Republik, quasi von Kino zu Kino. Wie kann man dich buchen?

Auch 2017 stehe ich jederzeit als Regisseur für Filmvorführungen und als Referent zur Verfügung. Auf Anfrage komme ich gerne.

Wie aus Helden Mörder werden

(gesehen in Flensburg)